**Entwicklung der Europäischen Union in 10. Schritten**

**Aufgaben:**

1. **Erkläre die Beweggründe zur Entstehung der Montanunion (EGKS).**
2. **Gebe jedem Schritt eine passende Überschrift/Schlagzeile.**
3. **Was wäre für dich der 11. Schritt?**
4. **Welche Herausforderungen siehst du für die EU in den nächsten Jahren?**
5. **Was sollte die EU hierbei unternehmen?**

Die Entstehung der Europäischen Union ist nur vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkriegs verständlich. Als der von Deutschland begonnene und verlorene Krieg zu Ende war, bestand große Unsicherheit, wie es nun in Europa weitergehen solle. Zum einen zog der Ost-West-Konflikt auf, da die wichtigsten Siegermächte des Zweiten Weltkriegs - die USA und Großbritannien auf der einen, die Sowjetunion auf der anderen Seite - sehr unterschiedliche Vorstellungen davon hatten, wie das Nachkriegseuropa aussehen sollte. Zum anderen befürchtete man insbesondere in Frankreich, das geschlagene Deutschland könnte in absehbarer Zeit wieder zu Kräften kommen und erneut zur Bedrohung werden. Der Erste Weltkrieg war in den Nachbarländern noch gut in Erinnerung. Auch 1918 war Deutschland besiegt worden - und nur gut 20 Jahre später wurde Paris von deutschen Truppen eingenommen.   
Es galt also, zwei Fragen gleichzeitig zu lösen: Wie konnte der Westen trotz eines teilweisen Rückzugs amerikanischer Truppen genügend Stärke aufbringen, um gegen die Sowjetunion und eine mögliche Bedrohung durch sie bestehen zu können, und wie konnte Deutschland in ein solches Konzept eingebunden werden, ohne seinerseits zur Gefahr für seine Nachbarn zu werden?

**1.** Am 9. Mai 1950 wurde in der Schuman-Erklärung die Errichtung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, oft auch Montanunion genannt) vorgeschlagen, die mit dem Vertrag von Paris vom 18. April 1951 Realität wurde. Dies war der Beginn des gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl der sechs Gründerländer (Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und Niederlande). Ziel war es, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs durch gleichberechtigte Zusammenarbeit innerhalb gemeinsamer Institutionen den Frieden zwischen Siegern und Besiegten in Europa zu sichern.

**2.** Am 25. März 1957 beschlossen die „Sechs“ mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge die Errichtung einer Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) und einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Letztere sollte zum Aufbau eines größeren gemeinsamen Marktes mit einer breiten Palette an Waren und Dienstleistungen führen. Weiterhin wurde in den 1960er-Jahren u. a. eine gemeinsame Handels- und Agrarpolitik entwickelt.

**3.** Der EG-Fusionsvertrag führte zur Einsetzung einer gemeinsamen [Kommission](https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Kommission) und eines gemeinsamen [Rates](https://de.wikipedia.org/wiki/Rat_der_Europ%C3%A4ischen_Union) und fasste die EWG, EGKS und Euratom zu einer Europäischen Gemeinschaft (EG) zusammen. Der Fusionsvertrag wurde am [8. April](https://de.wikipedia.org/wiki/8._April) [1965](https://de.wikipedia.org/wiki/1965) in Brüssel unterzeichnet und trat am [1. Juli](https://de.wikipedia.org/wiki/1._Juli) [1967](https://de.wikipedia.org/wiki/1967) in Kraft.

**4.** Die Zölle zwischen den sechs Ländern wurden am 1. Juli 1968 abgeschafft. Diese Maßnahmen waren so erfolgreich, dass sich Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich für einen Beitritt entschieden. Die erste Erweiterung – von sechs auf neun Mitgliedstaaten – erfolgte 1973.

**5.** Ein entscheidender Schritt waren im Juni 1979 die ersten allgemeinen Direktwahlen zum Europäischen Parlament. Diese Wahlen finden seitdem alle fünf Jahre statt.

1981 trat Griechenland den Gemeinschaften bei, Portugal und Spanien folgten 1986. Diese Erweiterung der Gemeinschaften nach Südeuropa machte die Durchführung regionaler Hilfsprogramme besonders dringlich.

**6.** Der weltweite Konjunkturrückgang Anfang der 1980er-Jahre löste eine Welle der Euroskepsis aus. Neue Hoffnung keimte jedoch 1985 (In diesem Jahr wurde auch das „Schengener Abkommen“, im Grenzort Schengen (Luxemburg) abgeschlossen. Eine Vereinbarung über den Abbau von Personenkontrollen an den Binnengrenzen), als die Europäische Kommission unter ihrem Präsidenten Jacques Delors ein Weißbuch mit einem Zeitplan zur Vollendung des Europäischen Binnenmarkts mit seinen vier Freiheiten (Waren, Personen, Dienstleistung, Kapital) bis zum 1. Januar 1993 vorlegte. Dieses ehrgeizige Ziel wurde in der Einheitlichen Europäischen Akte verankert, die im Februar 1986 unterzeichnet wurde und am 1. Juli 1987 in Kraft trat.

**7.** Mit dem Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 veränderte sich die politische Landschaft Europas grundlegend. Dieses Ereignis führte zur Wiedervereinigung Deutschlands im Oktober 1990 und zur Demokratisierung der Länder Mittel- und Osteuropas, die sich der sowjetischen Kontrolle entzogen. Die Sowjetunion selbst löste sich im Dezember 1991 auf. Zur gleichen Zeit verhandelten die Mitgliedstaaten der EWG über einen neuen Vertrag, der vom Europäischen Rat (der Versammlung der Staats- und Regierungschefs) im Dezember 1991 in Maastricht angenommen wurde. Mit dem Vertrag von Maastricht, der am 1. November 1993 in Kraft trat, wurde die Europäische Union (EU) geschaffen und (in Bereichen wie der Außenpolitik und der inneren Sicherheit) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in das gemeinschaftliche System eingeführt.

**8.** 1995 traten drei weitere Länder – Finnland, Österreich und Schweden – der Europäischen Union bei; damit stieg die Zahl ihrer Mitglieder auf 15. In dieser Zeit sah sich Europa bereits mit den zunehmenden Herausforderungen der Globalisierung konfrontiert. Neue Technologien und die immer stärkere Nutzung des Internets förderten die Modernisierung der Volkswirtschaften, erzeugten aber auch soziale und kulturelle Spannungen.

Zeitgleich arbeitete die EU an ihrem bis dahin spektakulärsten Projekt – der Einführung einer gemeinsamen Währung, die für Unternehmen, Verbraucher und Reisende Erleichterungen bringen sollte. Der Euro wurde am 1. Januar 1999 als [Buchgeld](https://de.wikipedia.org/wiki/Buchgeld) und am 1. Januar 2002 ersetzte der Euro als Bargeld die Währungen von 12 EU-Mitgliedstaaten, die ab dann den „Euro-Raum“ bildeten.

**9.** Mitte der 1990er-Jahre begannen die Vorbereitungen für die bis dahin größte EU-Erweiterung. Beitrittsgesuche hatten gestellt: sechs ehemalige Ostblockländer (Bulgarien, Polen, Rumänien, die Slowakei, die Tschechische Republik und Ungarn), drei baltische Staaten, die Teil der Sowjetunion gewesen waren (Estland, Lettland und Litauen), eine aus dem ehemaligen Jugoslawien hervorgegangene Republik (Slowenien) und zwei Mittelmeerländer (Malta und Zypern). Die EU sah in dieser Erweiterung eine Chance zur Stabilisierung des europäischen Kontinents und zur Ausweitung der Vorteile der europäischen Integration auf diese zum Teil jungen Demokratien. Im Dezember 1997 wurden die Verhandlungen aufgenommen, und am 1. Mai 2004 traten zehn der Kandidatenländer der Europäischen Union bei. Bulgarien und Rumänien folgten im Jahr 2007. Kroatien trat 2013 bei, womit sich die Zahl der EU-Mitglieder auf 28 erhöhte.

**10.** Um die komplexen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen zu können, benötigte die erweiterte EU ein einfacheres und effizienteres Verfahren für gemeinsame Beschlüsse. In einem im Oktober 2004 unterzeichneten Entwurf einer EU-Verfassung, die an die Stelle aller vorhandenen Verträge getreten wäre, wurden neue Regelungen vorgeschlagen. Dieser Text wurde jedoch 2005 in Referenden in zwei Ländern abgelehnt. Anstelle der Verfassung wurde daher am 13. Dezember 2007 der Vertrag von Lissabon unterzeichnet, der am 1. Dezember 2009 in Kraft trat. Durch diesen Vertrag, der die meisten Änderungen enthält, die auch in der Verfassung vorgesehen waren, wurden die vorherigen Verträge nicht ersetzt, sondern geändert. Unter anderem erhielt der Europäische Rat einen ständigen Präsidenten, und es wurde das Amt des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen. Zur selben Zeit brach eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise aus. Sie zog die Schaffung neuer EU-Mechanismen nach sich, mit denen das Bankensystem stabilisiert, die Staatsverschuldung gesenkt und die Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten – insbesondere derer, die den Euro als Währung nutzen – koordiniert werden sollten.